

ZPTh

Zeitschrift
für Pastoraltheologie

„Buen vivir“

Heißt gut leben auch anders leben?

Gerechte Städte für ein gutes Leben

Abstract

Städte sind Hoffnungsträger für eine lebenswerte Zukunft. Denn Urbanisierung, Klimakrise und soziale Ungleichheit stellen nicht nur Herausforderung dar, sondern bergen auch transformatives Potenzial. Der Vision des guten Lebens für alle kann durch die gerechte Gestaltung städtischer Systeme ein Stück näher gerückt werden. Dazu ist ein tiefgreifender, systemischer Wandel notwendig, der über sektorale Modernisierung oder technische Innovation hinausgeht und unser Stadtverständnis hinterfragt. Die sozial-ökologische Transformation wird auch in gesellschaftlich und politisch umkämpften Aushandlungsprozessen über neue urbane Leitbilder ausgetragen, bei denen die ärmsten Bevölkerungsgruppen weltweit ausgeschlossen werden. Die Stärkung ziviler Handlungsfähigkeit ist hier von zentraler Bedeutung.

Cities are the seedbeds of hope for a sustainable tomorrow. Urbanization, the climate crisis, and social inequality pose serious challenges, yet these interdependent dynamics also harbour transformative opportunities. To enable the vision of a decent life for all, urban systems need to be designed justly, which implies a profound, systemic shift toward community-oriented development. This far-reaching socio-ecological transition must question our understanding of the dominant city model and go beyond sectoral modernization or technical innovation. It is realized in socially and politically contested negotiation processes concerning new urban models, in which the most vulnerable groups worldwide are excluded. Strengthening their agency is of central importance to designing just cities.

Vom Problemkind zum Hoffnungsträger

„Lasst uns das transformative Potenzial der Urbanisierung nutzen und eine nachhaltigere, widerstandsfähigere Zukunft für alle aufbauen!“¹ Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), António Guterres, unterstreicht auf dem Weltstadtforum 2022 die Quintessenz der Neuen Urbanen Agenda (NUA), die einen globalen Fahrplan für Stadtentwicklung vorgibt. Das Erreichen aller globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) hängt maßgeblich von der inklusiven, sicheren, widerstandsfähigen und nachhaltigen Gestaltung der Städte und Siedlungen ab (SDG 11). Diese sind schon heute Wohnraum für mehr als die Hälfte aller Menschen, verschlingen den Großteil der weltweiten Energie und Ressourcen und sind für 80% der Treibhausgase verantwortlich. Gleichzeitig sind sie als Speerspitze gesellschaftlichen Wandels nicht nur kulturelle, soziale und wirtschaftliche Knotenpunkte, sondern auch politische Machtzen-

¹ Vgl. die Eröffnungsrede von António Guterres beim 11. Weltstadtforum 2022, <https://media.un.org/en/asset/k17/k17cph5lu4> (Stand: 7.12.2022).

tren – und zeigen dabei oft mehr Ambitionen für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung als ihre nationalen Regierungen.

Die Krisen der Weltgemeinschaft erscheinen erdrückender denn je, viele von ihnen werden im städtischen Raum sichtbar. So stehen Städte unter dem Druck wechselseitiger Dynamiken: Soziale Ungleichheit und Armut wird vom Zusammenspiel zwischen der fortschreitenden Urbanisierung mit den verheerenden Folgen der Erderhitzung verschärft. Diese Entwicklung wird von der folgenschweren Covid-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine flankiert. Trotz ehrgeiziger Pläne sind Städte und Kommunen in aller Regel chronisch unterfinanziert. Stadtverwaltungen bleibt oft gar keine andere Möglichkeit, als im Wettbewerb um private Investitionen mit einer schlanken Verwaltung nach marktwirtschaftlichen, wachstumsorientierten Lösungen zu suchen. Dabei schließen sie insbesondere die arme Bevölkerung von der Teilhabe aus, und so öffnet diese „unternehmerische Stadtpolitik“ Tür und Tor für die Stadtgestaltung durch private, nicht demokratisch legitimierte Akteure. Gleichzeitig bergen oben genannte Herausforderungen bislang zu wenig genutztes Potenzial für ein gutes Leben für alle, weshalb Städte als Akteure in der entwicklungspolitischen Praxis zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die nachhaltige Gestaltung urbaner Systeme ist ein immenser Hebel für die sozial-ökologische Transformation. In ihrer wechselseitigen Beziehung nehmen Stadtfragen eine Schlüsselrolle unter den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft ein: Vom Menschenrecht auf Wohnen über Mobilität, nachhaltiger Kreislaufwirtschaft, Geschlechtergerechtigkeit, Ernährungssysteme bis hin zu Klimaschutz- und -anpassung geht es auch immer um die Frage: Wem gehört die Stadt? Wer besitzt die Macht, um sie nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu prägen?

Die Verstädterung der Welt

Im Jahr 2022 leben wir im Zeitalter der Städte. Die weltweite Urbanisierung ist nicht per se ein Übel. Denn Städte ermöglichen nicht nur Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur und politischer Teilhabe. Die hohe Bevölkerungsdichte bietet durch einen geringen Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen, Energie und Flächen das Potenzial für ökologisch nachhaltige Lebensstile. Voraussetzung dafür ist eine inklusive Stadtgestaltung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Betrachtet man jedoch die zu erwartenden Entwicklungen, so wird deutlich, warum überforderte Verwaltungen die potenziellen Effizienzvorteile kaum nutzen und mit dem Wachstum nicht Schritt halten können: Während Mitte des 20. Jahrhunderts knapp ein Drittel der Weltbevölkerung in Städten lebte, werden es im Jahr 2050 mit fast 6,5 Milliarden Menschen zwei Drittel sein. Damit wächst die urbane Weltbevölkerung jede Woche um die Größe von

Hamburg, sodass in den kommenden Dekaden in etwa so viel neue Infrastruktur entstehen wird, wie seit Beginn der Industrialisierung bis dato gebaut wurde. Dieser Trend lässt sich politisch nur begrenzt steuern. Denn während die Land-Stadt-Migration weiterhin eine wichtige Rolle spielt, gibt in vielen Regionen das natürliche Wachstum durch die bestehende Stadtgesellschaft den Ton an. Neunzig Prozent dieses Wachstums werden in Asien und Afrika und überwiegend in den heutigen Kleinstädten stattfinden, während Nord-, Südamerika und Europa bereits weitgehend urbanisiert sind. In der Praxis führt dieses sogenannte „unkontrollierte Städtewachstum“ oft dazu, dass Stadtverwaltungen ihren kommunalen Aufgaben nicht nachkommen. Angesichts bestehender Finanzierungsdefizite greifen sie zunehmend auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren (z. B. bei Infrastrukturmaßnahmen) zurück, wobei die Bedürfnisse der Ärmsten oft keine Priorität darstellen.

Die urbane Doppelrolle in der Klimakatastrophe

Die hohe städtische Nachfrage nach Rohstoffen, Energie, Produkten und Flächen beeinflusst nicht nur die regionalen Ökosysteme, sondern belastet aufgrund der globalisierten Lieferketten auch die planetaren Grenzen. Vom Süßwasserverbrauch über die Landnutzungsänderung bis hin zur Integrität der Biosphäre: Alle Dimensionen der Belastungsgrenzen sind vom urbanen Ressourcenhunger betroffen, so auch der Klimawandel. Städte sind für etwa zwei Drittel der weltweiten energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich, wobei der Löwenanteil auf die Bereiche Bauen, Wohnen und Verkehr entfällt. Das VN-Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten gilt auch für den städtischen Kampf gegen den Klimawandel. Die Regionen und Gruppen, die durch die historische Anhäufung von Emissionen am meisten zur Klimakatastrophe beigetragen und durch die Ausbeutung der Umwelt profitiert haben, sind in besonderem Maße für den Klima- und Umweltschutz verantwortlich. Allerdings sind jene, die am wenigsten zur Klimakatastrophe beigetragen haben, oft überdurchschnittlich stark von ihr betroffen und verfügen häufig über weniger finanzielle, technologische und institutionelle Kapazitäten. So hat der europäische Kontinent mit einem Drittel aller Treibhausgase historisch gesehen zehnmal mehr Emissionen verursacht als der afrikanische Kontinent, der jedoch bereits unvergleichlich stärker unter den Folgen der globalen Erwärmung leidet. Als zentraler Bestandteil der Klimagerechtigkeit macht dieses Verursacherprinzip deutlich, dass die Länder und Städte des Nordens sowie privilegierte Stadtbewohner:innen eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz und seine globale Finanzierung tragen. Entscheidend für die Begrenzung der Erderwärmung ist jedoch die klimaneut-

rale Zukunft der vielen wachsenden Städte des Südens, deren baulich-räumliche Gestalt ebenso wie der Zugang zu Energie erst noch entsteht.

Ein wirksamer Klimaschutz kann die Folgen des Klimawandels zwar abmildern, aber nicht vollständig verhindern. Selbst wenn alle bis dato vereinbarten nationalen Klimabeiträge umgesetzt werden, steuern wir auf eine globale Erderwärmung von 2,7 Grad Celsius zu. Mit steigenden Temperaturen nehmen auch die Klimarisiken zu. Die Mehrheit der Menschen, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimas betroffen sind und sein werden, lebt im globalen Süden. Der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von Sturmfluten und Niederschlagsintensität werden die Wahrscheinlichkeit von Überschwemmungen deutlich erhöhen. Bis zum Jahr 2050 werden mehr als eine Milliarde Bewohner:innen von Küstenstädten, speziell in der Region Asien-Pazifik, in akuter Gefahr leben. Mehr als 1,6 Milliarden Menschen werden in Städten mit extrem hohen Sommertemperaturen leben müssen. Dabei wird die Zahl der armen Stadtbewohner:innen, die unter extremen Hitzebedingungen leben, weltweit um 700 Prozent ansteigen². Die beispiellosen Hitzewellen dieses Jahres in Indien und Pakistan könnten zur neuen Normalität werden. Extreme Wetterereignisse wie starke Regenfälle und anschließende Erdbeben, Stürme oder Flussüberschwemmungen haben bereits zugenommen. Auch Wasserknappheit, Ozeanversauerung und klimabedingte Lieferketten bedrohen die städtische Ernährungssicherheit. Dabei hängt die Anfälligkeit menschlicher Systeme (z.B. Städte, Volkswirtschaften, Versorgungsketten) oder natürlicher Systeme (z.B. Korallenriffe, Wälder, Seen) für Klimaauswirkungen von vielen Faktoren ab. Für Siedlungen sind beispielsweise die geografische Lage (z.B. Küstenstadt), die Infrastruktur (z.B. Versiegelung von Flächen, Kanalisation, naturnahe Flächen) und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Wasserversorgung, Gesundheitssystem) entscheidend. Darüber hinaus beeinflussen Ungleichheitskriterien wie Einkommen, Geschlecht, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Alter oder sexuelle Orientierung die Faktoren menschlicher Anfälligkeit, die nicht isoliert betrachtet werden können, sondern sich vielmehr gegenseitig verstärken. Das Gegenstück hierzu ist die Widerstandsfähigkeit oder Resilienz, was die Fähigkeit des Umgangs eines Systems mit Ereignissen (z.B. Starkregen) und Trends (z.B. Dürreperioden) beschreibt.

Anpassungsmaßnahmen, die die Anfälligkeit verringern und die Widerstandsfähigkeit erhöhen, sind daher unvermeidbar für Städte, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Viele Städte haben Anpassungspläne, sie werden aber unter anderem aufgrund

² Urban Climate Change Research Network (2018, February). How Climate Change Could Impact the World's Greatest Cities: UCCRN Technical Report. C40 Cities, https://www.c40.org/wp-content/uploads/2021/08/1789_Future_We_Dont_Want_Report_1.4_hi-res_120618.original.pdf (Stand 7.12.2022).

von Finanzierungslücken kaum umgesetzt und sind selten auf einkommensschwache und marginalisierte Bewohner:innen ausgerichtet. So kommt es vor, dass Klimarisiken als Rechtfertigung für die Vertreibung von Menschen aus ihren Stadtvierteln verwendet werden. Obwohl auch der Weltklimarat unterstreicht, wie wichtig die Beteiligung der besonders verwundbaren Bevölkerung bei Klimaanpassungs-Strategien für städtische Resilienz ist³.

Soziale Ungleichheit und Armut

Weltweit lebt jede:r vierte Stadtbewohner:in unter menschenunwürdigen Bedingungen in informellen Siedlungen, die besonders vulnerabel für extreme Wetterereignisse sind.⁴ In diesen, oft abwertend als „Slums“ bezeichneten, Vierteln haben mindestens die Hälfte der Haushalte keinen Zugang zu sauberem Wasser oder sanitären Einrichtungen oder es fehlt an sicheren Besitzverhältnissen, ausreichend Wohnraum oder einer dauerhaften Wohnstruktur. In Afrika südlich der Sahara trifft das auf 60 Prozent aller städtischen Haushalte zu, in Asien auf etwa jeden dritten. Über einer Milliarde Menschen wird somit das Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum verwehrt. Dabei geht es nicht nur darum, ein Dach über dem Kopf zu haben. Zentral ist auch der damit einhergehende Zugang zu städtischen Dienstleistungen wie Energieversorgung, Mobilitätssystemen, Krankenhäusern oder Schulen – also zu einer Basisversorgung, die ein Leben in Würde und gesellschaftliche wie politische Teilhabe ermöglichen. Auch der städtische Hunger nimmt nach Jahrzehnten des Rückgangs zu. Der Angriffskrieg auf die Ukraine, die Folgen der Klimakatastrophe und die Covid-19 Pandemie haben die Ernährungssouveränität besonders für marginalisierte und marktabhängige Gemeinschaften verschärft. Das Jahresheft Welternährung der Entwicklungsorganisation Misereor weist darauf hin, dass Frauen und Mädchen weiterhin besonders von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind.⁵ In Städten hängt der Zugang zu einer ausgewogenen und guten Ernährung maßgeblich vom Einkommen ab. In Ländern des Südens verwenden arme Haushalte den Großteil ihrer Einkünfte für Lebensmittel und

³ Vgl. D. Dodman et al, *Cities, Settlements and Key Infrastructure*, in: H.-O. Pörtner et al. (Hg.), *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge/New York 2022, 907–1040, doi:10.1017/9781009325844.008.

⁴ United Nations Human Settlements Programme, *World Cities Report 2022*, https://unhabitat.org/sites/default/files/2022/06/wcr_2022.pdf (Stand: 7.12.2022).

⁵ Vgl. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (Hg.), *Herausforderung Hunger. Jahresheft Welternährung 2022/23*, Aachen 2022, <https://www.yumpu.com/de/document/read/67253441/herausforderung-hunger-jahresheft-welternahrung-2022-23> (Stand: 7.12.2022).

sind dementsprechend sensibel für deren Preisschwankungen. Begleitet von wandelnden Konsummustern und Einkommensausfällen wächst die Nachfrage nach industriell verarbeiteten und schnell zubereiteten Lebensmitteln mit geringem Nährstoff- und hohem Energiegehalt aus Fett, Zucker und Salz. So steht Armut nicht nur in Zusammenhang mit Unter-, sondern auch mit Fehlernährung.

Armut und Hunger dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass weltweit die städtische Vermögenskonzentration steigt. Reichtum, Zugang und Privilegien sind ungleich verteilt. Während privilegierte Gruppen in geschützten, abgeschotteten Siedlungen wohnen, können Menschen in einem angrenzenden armen Stadtviertel in Angst vor Vertreibung leben. Alleine in Indien sind davon fast 15 Millionen Menschen bedroht.⁶ Diese sozialräumliche Segregation – also der Umstand, dass Menschen mit niedrigem und höherem Einkommen räumlich konzentriert leben – nimmt ebenso wie die Einkommens- und Vermögensungleichheit auch in der Mehrheit deutscher Städte zu. Dabei geht die soziale Spaltung Hand in Hand mit urbaner Umweltungerechtigkeit: Benachteiligte Stadtviertel haben nicht nur weniger Zugang zu Grünflächen, sondern sind in der Regel auch höheren Umweltbelastungen wie Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt, für die sie keine Verantwortung tragen.

Städtische Transformation. Worthülse oder systemischer Wandel?

Die sozial und ökologisch gerechte Gestaltung unserer Städte ist eine alternativlose Herkulesaufgabe für eine lebenswerte Zukunft. Der mit ihr einhergehende strukturelle Wandel muss so tiefgreifend sein, dass wir von städtischer Transformation sprechen – ein immer häufiger benutzter Begriff, der bereits per Definition eine ordentliche Portion Radikalität beinhaltet und doch zu verwässern droht.⁷ Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen bezeichnet die „Große Transformation“ als einen Strukturwandel von der fossilen zur post-fossilen Gesellschaft, ähnlich der Neolithischen und industriellen Revolution.⁸ Ein solch drastischer Wandel diskutiert unweigerlich bestehende Macht- und Besitzverhältnisse und muss die Frage stellen, inwiefern das (bereits bröckelnde) Festhalten am ökonomischen Wachstumsprinzip überhaupt mit dem guten Leben für alle innerhalb der planetarischen Grenzen vereinbar ist.

⁶ Vgl. Forced Evictions in India: 2021, Housing and Land Rights Network, New Delhi 2022.

⁷ So möchten alle demokratisch orientierten Parteien in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 zumindest einen gesellschaftlichen Teilbereich „transformieren“.

⁸ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin 2011, https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_jg2011?fr=sMzhIOTM1OTc5NDI (Stand: 7.12.2022).

Die gute Nachricht ist: Aus rein technischer Sicht besteht kaum noch ein Erkenntnisproblem. Die entscheidenden Handlungsfelder sind bekannt.⁹ Auf städtischer Ebene bedeutet die sozial-ökologische Transformation nichts Geringeres als die Dekarbonisierung aller städtischen Systeme bis spätestens ins Jahr 2070. Ob Nairobi, São Paulo oder Köln: Alle Emissionsquellen wie Fahrzeuge, Öfen und Heizungen müssen klimaneutral betrieben werden. Während die Dekarbonisierung der Energiesysteme (inter)nationales Terrain ist, liegt die politische Gestaltung der urbanen Energienachfrage durch die Schlüsselbereiche Gebäudeeffizienz, nachhaltige Baumaterialien und Verkehrssysteme auch in städtischer Hand. Neben dem Klimaschutz muss auch die Klimaanpassung zum Mainstream aller stadtpolitischer Maßnahmen werden, wozu Governance ohne Zweifel ein höchst relevanter Baustein ist. Der staatliche Ordnungsrahmen (z. B. Gebäudeeffizienz), die kommunale Handlungsfähigkeit (z. B. Mietendeckel, Tempolimit) und Finanzierungsfragen (z. B. Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe) ermächtigen Verwaltungen in ihren Gestaltungsmöglichkeiten.

Doch eine vorwiegend technische Herangehensweise, die einzelne Sektoren in Richtung Inklusion und ökologische Nachhaltigkeit modernisiert, ist kaum transformativ. Bausektor, Ernährung, Gebäudeeffizienz, Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Infrastruktur, Klima, Kreislaufwirtschaft, Armut und Wohnen – die endlos erscheinenden Themen und Sektoren sind tief verflochten und können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Daher sollte die Stadtplanung „integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte erstellen und deren Umsetzung im gesamtstädtischen Kontext gewährleisten“¹⁰. Ansonsten werden soziale gegen ökologische Anliegen gegeneinander ausgespielt oder gut gemeinte Stadtpolitik an einer Stelle hat negative Effekte an anderer: die Begrünung eines Wohnblocks führt zu Gentrifizierungsprozessen, autofreie Stadtteile zu mehr Verkehr in anderen Vierteln oder, auf globaler Ebene, die Antriebswende zur Elektromobilität zu Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Lithium, das für die Produktion von Elektroautos benötigt wird.

Die städtische Transformation muss mit einem Paradigmenwechsel einhergehen, wie Mobilität als Querschnittsthema verdeutlicht. Der Verkehrssektor verursacht rund ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen und erfüllt wichtige soziale Funktionen. Von der Gesundheitsversorgung über Bildung oder Geschlechtergerechtigkeit steht kaum ein SDG nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Zugang zu Mobilitätssystemen. Allen voran die Überwindung von Armut. Denn Mobilität ist Vorausset-

⁹ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*, Berlin 2016.

¹⁰ Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Verabschiedet beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung am 30. November 2020.

zung für gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Teilhabe, die oft vom Besitz motorisierter Fortbewegungsmittel abhängt. Arme Haushalte in Städten des globalen Südens zahlen ein Drittel ihres Einkommens für Fahrten, in der Peripherie lebende Familien geben teils die Hälfte ihres Verdienstes gleich wieder für den Arbeitsweg aus. Die spätestens seit Ende des zweiten Weltkriegs dominierende „autogerechte Stadt“ ist durch die räumliche Funktionstrennung zwischen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Bildung gekennzeichnet. Diese funktionalen Distanzen zwingen Bewohner:innen zu langen und nicht selten unsicheren Wegen. Eine Mobilitätswende erfordert strukturelle Änderungen der baulich-räumlichen Gestalt. Die „Stadt der kurzen Wege“ reduziert den Mobilitätsbedarf: Sie zielt durch die soziale und funktionale Durchmischung der Stadtviertel darauf ab, dass alle Ziele des täglichen Lebens innerhalb von 15 Minuten zu Fuß erreicht werden können. Ein solches polyzentrales Konzept birgt riesiges Potenzial und ist bei Stadtplaner:innen seit den 1980er-Jahren bekannt. Heute hat es gar Eingang in der von den EU-Minister:innen unterzeichneten Neuen Leipzig-Charta¹¹ gefunden und wird in Städten wie Krefeld, Barcelona oder Kopenhagen bereits in Ansätzen gelebt. Vorreiter:innen stoßen aber auch auf Widerstände (unter anderem aus der Immobilienwirtschaft und der Automobilindustrie), hinterfragt das Konzept doch unser internalisiertes Stadtverständnis, das in erster Linie von Autos und asphaltierten Straßen geprägt ist. Schließlich haben wir das Parken unseres Freiheitssymbols im öffentlichen Raum vor unserer Haustür als vermeintliches Recht kulturell fest in unseren Köpfen verankert. Wie transformativ ist nun der Umstieg auf klimaneutrale Autos, wenn er weder unser kulturelles Stadtverständnis noch die baulich-räumliche Gestalt ändert?

Statt eines vermeintlichen Erkenntnisproblems bestehen viel mehr Umsetzungsprobleme, denen unterschiedliche Visionen der „nachhaltigen“ oder „gerechten“ Stadt zugrunde liegen. Dabei entpolitisiert die Beschränkung auf technische Lösungen den Diskurs um urbane Transformation, die mehr noch als alles andere ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess eines neuen städtischen Leitbildes ist. Die beiden Kompassdokumente für Stadtentwicklung auf globaler wie auf europäischer Ebene rücken die Gemeinwohlorientierung in den Fokus, um die transformative Kraft der Städte (Neue Leipzig-Charta) zu nutzen und folgen der Vision einer inklusiven, geschlechtergerechten, klimaresilienten Stadt für alle (NUA). Aber nach welchen Vorstellungen und Idealen werden unsere Städte ökologisch und sozial „gerecht“? Die Gretchenfrage bei städtischen Transformationsprozessen lautet: Wer gewinnt den Machtkampf

¹¹ Die Neue Leipzig-Charta ist das europäische Leitdokument für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung.

um die Deutungshoheit über „nachhaltige Stadtentwicklung“? Wem gehören die Städte, und wer kann sie nach welcher Vision gestalten?

Symbolisch hierfür steht das seit einigen Jahren als Heilsbringer gefeierte Smart City Modell, das Städte durch technischen Fortschritt und digitale Innovationen zur Nachhaltigkeit verhelfen soll. Mobilitäts-Apps machen den ÖPNV für Frauen und queere Menschen sicherer, Frühwarnsysteme alarmieren via Handy vor Extremwetterereignissen und selbsteinparkende E-Autos können per Handy bestellt werden. Es ist unbestritten, dass smarte Stadtpolitik die Lebensqualität vieler Menschen potenziell verbessern kann und dass digitalisierte Verwaltungen durch intelligente Energiesteuerung im Kampf gegen den Klimawandel wichtig sind. Befürworter:innen argumentieren, dass smarte Initiativen auch arme Bevölkerungsgruppen erreichen können. Und doch folgt dieses Modell einer neoliberalen Logik, bei der private Investor:innen das urbane Leben nach ihren Vorstellungen prägen. Bestehende Strukturen, die soziale und ökologische Probleme reproduzieren, bleiben dabei Großteils unangestastet und die Stadtgesellschaft wird marktgerecht eher als Kundschaft gesehen. Demgegenüber stehen heterogene Bewegungen, von denen einige unter dem Leitbild der Postwachstumsstadt¹² zusammengefasst werden können. Sie plädieren für die Abkehr vom Wachstumsparadigma, das als mitverantwortlich für soziale Ungleichheitsdynamiken und die Klimakrise ausgemacht wird, politisieren den Stadtentwicklungsdiskurs um Interessenskonflikte und Verteilungsfragen und unterstreichen das Potenzial suffizienzpolitischer Maßnahmen. Diese Degrowth-Ansätze erheben keinen Anspruch auf ein übertragbares Modell, sondern loten in gesellschaftlichen Debatten Utopien aus und finden in urbanen Nischen auch ihre Anwendung. Viele Akteur:innen mögen diesen Diskurs angesichts leerer kommunaler Kassen und dem damit verbundenen Wettbewerb um Investitionen als weltfremd empfinden. Doch trotz bestehender inhaltlicher Differenzen bleibt das Führen solcher politisierten Debatten über die „Stadt von morgen“ ein wichtiges Element des urbanen Wandels.

Zivile Handlungsfähigkeit als Schlüssel für gerechte Städte

Machtkonflikte über tiefgreifende Differenzen des städtischen Leitbildes und verwurzelte Normen auszutragen, ist also wesentlicher Bestandteil städtischer Transformationsprozesse.¹³ Was wir unter dem „guten Leben“ verstehen und wie wir es erreichen

¹² Vgl. Anton Brokow-Loga – Frank Eckardt (Hg.), Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München 2020.

¹³ Vgl. Christos Zografos – Kai Klause – James Connolly – Isabelle Anguelovski, The everyday politics of urban transformational adaptation: Struggles for authority and the Barcelona superblock project. Cities, 2020. DOI 99. 102613. 10.1016/j.cities.2020.102613.

wollen, wird nicht top-down in Stein gemeißelt, sondern kontinuierlich von Stadtgesellschaften ausgehandelt. Dabei gibt es keine Blaupause. Diese Aushandlungen zwischen politischen, privaten, wissenschaftlichen und zivilen Akteur:innen sehen regional ganz unterschiedlich aus und reichen von der lokalen Quartiersebene bis hin zu Habitat Konferenzen der UN. Gemein haben sie, dass die Interessen und das Gewicht dieser Akteur:innen höchst unterschiedlich verteilt sind. Obwohl sich kaum eine Verwaltung finden lässt, die sich nicht zumindest formell partizipative Stadtplanung (z. B. nach brasilianischem Vorbild¹⁴) auf die Fahne geschrieben hat, sieht die Realität in aller Regel anders aus. So haben arme zivilgesellschaftliche Bevölkerungsgruppen im Ringen um die Prägung einer Stadt die leiseste Stimme und werden überhört. Der Vision gerechter Städte kommt die Weltgemeinschaft nur näher, wenn ebendiese ärmsten Stadtgesellschaften handlungsfähiger werden und sich in Aushandlungsprozessen durchsetzen können. Es gibt zahlreiche ermutigende Beispiele, wie (ausgeschlossene) zivilgesellschaftliche Gruppen in organisierten Strukturen ihre Rechte aktiv einfordern und städtische Aufgaben selbst übernehmen. Gemeinschaften informeller Siedlungen setzen sich für das Menschenrecht auf Wohnen ein, verhindern Zwangsräumungen, setzen lokale Strategien zur Klimaanpassung um und prägen das Stadtbild durch künstlerische Interventionen. Ernährungsräte formieren sich, um gute Ernährung von einem Privileg für wenige zu einem Recht für alle zu machen. Vereine organisierter Nachbar:innen setzen verkehrsberuhigte Quartiere auf die politische Agenda. Aktivist:innen haben Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“-Ansatz von Pariser Straßen über Protestbewegungen in Istanbul, Porto Alegre und New Orleans bis in die NUA von Quito getragen. Weltweit verfolgen sie die Vision der sozialen Stadt als diskriminierungsfreies, inklusives Allgemeingut, fordern die zivile Rückeroberung des öffentlichen Raumes und setzen sich für radikale Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe ein.

Der Nexus Urbanisierung – Klima – soziale Gerechtigkeit besitzt enormes transformatives Potenzial, um dem Ziel des guten Lebens für alle unter Einhaltung der planetaren Grenzen näherzukommen. Der Schlüssel zur Nutzung dieses Potenzials liegt nicht alleine in technischem Fortschritt, Governance oder Finanzierungsfragen, sondern ganz erheblich auch in der Handlungsfähigkeit der Stadtgemeinschaften, die ihre Rechte kennen, einfordern und durchsetzen.

¹⁴ Das in der brasilianischen Verfassung verankerten Stadtstatut schreibt unter anderem die partizipative Stadtplanung vor.

Kai Klause
Referent für internationale Stadtentwicklung bei Misereor
+49 (0) 241 442-174
kai.klause(at)misereor(dot)de